

## **Aus für „Memorial“ – Stalin schrittweise wieder salonfähig machen**

*Von Peter Helmes*

### **Eine Zäsur in der Geschichte Russlands**

**Da soll wohl die in Unehren untergegangene Sowjetunion in jeder Hinsicht rehabilitiert werden. Das aber geht nicht „in Ehren“, sondern bei diesem Vorgang ist für rechtsstaatliche Prinzipien kein Platz. Für solchen Rechtsstaat-Firlefnaz zeigt Russlands Herrscher keinen Geist. Denn Organisationen wie „Memorial“ leben für die Einhaltung der Menschenrechte, die Putin offensichtlich im Wege stehen.**

„Memorial“ war die älteste Menschenrechtsorganisation in Russland. Sie entstand 1987 als damals noch nicht registrierte Bewegung und wurde später sogar vom letzten kommunistischen Staatsoberhaupt und Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow unterstützt. Sie begleitete und vertiefte die Perestroika, die demokratischen Reformen noch in der Sowjetunion versuchte. Ihr erster Ratsvorsitzender war Andrej Sacharow, ebenfalls Friedensnobelpreisträger.

„Memorial“ hatte sich seit mehr als 30 Jahren international einen Namen mit der Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion gemacht. Die Organisation setzte sich zudem für politische Gefangene ein.

#### **Allein diese wenigen Fakten zeigen, wie außergewöhnlich „Memorial“ war.**

Die Organisation gehörte zu den geistigen Müttern und Vätern der Russischen Föderation – des Staates, der vor fast genau 30 Jahren entstand. Er ist zwar Rechtsnachfolger der Sowjetunion, hatte es sich aber auf die Fahnen geschrieben, eine Demokratie, ein Rechtsstaat, eine offene Gesellschaft zu werden. Ein ganz neues Russland also, wie es in der Geschichte zuvor noch nie existiert hatte.

Der Oberste Gerichtshof Russlands hat wenige Tage vor Weihnachten „Memorial“ aufgelöst. Russland ist mit dem Urteil zur Auflösung dieser verdienten Menschenrechtsorganisation endgültig von dem Weg abgerückt, den es vor 30 Jahren eingeschlagen hat. Das ist mehr als eine Zäsur in der russischen Geschichte.

**Das Urteil geht genau in die Richtung, die Putin in den vergangenen Monaten und Jahren vorgegeben hat: Die Sowjetunion soll in jeder Hinsicht rehabilitiert werden. Rechtsstaatliche Prinzipien haben da keinen Platz mehr. Das Land ist seit heute nicht mehr das gleiche. Es ist endgültig von dem Weg abgerückt, den es vor 30 Jahren eingeschlagen hat. Begriffe wie „Demokratie“ und „Rechtsstaat“ sind in der Russischen Föderation zu bloßen Worthülsen verkommen.**

Der nächste Schritt Putins paßt wie das Tüpfelchen auf dem „i“: Einen Tag nach der gerichtlich angeordneten Auflösung der Organisation „Memorial International“ mußte auch deren Menschenrechtszentrum in Moskau schließen. Ein Gericht in der russischen Hauptstadt gab einem entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft statt. Die Staatsanwaltschaft hatte dem Menschenrechtszentrum Verstöße gegen das sogenannte Ausländische-Agenten-Gesetz sowie die Unterstützung von Extremisten vorgeworfen.

Der Staatsanwalt begründete seinen Antrag im Plädoyer unter anderem damit, daß „Memorial“ Finanzen nicht transparent offenlege, seine Geldgeber aus dem Ausland

verheimliche und unerlaubte Protestaktionen unterstütze. Interessant dabei ist allerdings, daß die Staatsanwaltschaft gar keine Beweise vorlegte, sondern einfach nur feststellte, daß es Taten gebe, die eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellten.

Das Menschenrechtszentrum setzte sich für die Rechte politischer Gefangener in Russland sowie von Minderheiten wie Migranten und Homosexuellen ein. Die Leitung von Memorial kündigte an, gegen das Urteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorzugehen.

Nicht nur daß, sondern auch wie die Entscheidung fiel, macht das fragwürdige Denken Putins überdeutlich. Zunächst erdachte die Regierung ein Gesetz, das „Memorial“ dazu zwang, sich seit 2016 als „ausländischer Agent“ zu bezeichnen – obwohl diese Organisation mehr für Russland getan hat als jede andere. Später bekam „Memorial“ hohe Strafen auferlegt, weil es die Markierung „ausländischer Agent“ auf einigen Internetseiten und in einigen Büchern vergessen hatte. Bei insgesamt vielen tausend Internetseiten und Publikationen.

Und nun forderte die Staatsanwaltschaft auf dieser dünnen Grundlage sogar die Auflösung. Doch auch damit noch nicht genug der juristischen Absurditäten, der aufreizenden juristischen Stümperei: Während des Prozesses verriet die Staatsanwaltschaft ganz unverhohlen, daß es ihr gar nicht um die fehlenden Markierungen ging. Vielmehr schade „Memorial“ Russland, indem es die Verbrechen des Stalinismus aufarbeite. Es verfälsche das Bild der Sowjetunion.

**Putin will ganz bewußt eine kritische Auseinandersetzung mit der stalinistischen Vergangenheit unterbinden, dabei kann er sie nicht auslöschen – auch nicht mit seinen geschönten Erzählungen von sowjetischen Triumphen. Putin kann zwar versuchen, die Mauern von Gedenkstätten niederzureißen und Organisationen zu verbieten, aber er kann die Erinnerung an die sowjetischen Verbrechen nicht dauerhaft unterdrücken, indem er selbst wieder eine Diktatur einführt. Putin unterschätzt die Widerstandsfähigkeit von Ideen.**

„Memorial“ schaffe, so erklärte die Staatsanwaltschaft in ihrem Schlußplädoyer, das ‚lügenhafte Bild der Sowjetunion als eines Terrorstaates‘. Eine solche Sichtweise kann im heutigen Russland offensichtlich nicht mehr geduldet werden. Ein Terrorstaat war die Sowjetunion unter Stalin jedoch zweifellos. Das Wüten der Erschießungskommandos, die Verschickung von Millionen in den Gulag, die Deportation ganzer Völker nach Zentralasien, die in Komplizenschaft mit Hitler erfolgte Unterwerfung Polens, die organisierte Hungersnot in der Ukraine mit Millionen von Todesopfern und vieles mehr belegen dies zur Genüge. Daß Stalin schrittweise salonfähig gemacht wird, ist ein böses Omen. Wenn in Russland selbst die Verbrechen jener düsteren Zeit nicht mehr gefahrlos kritisiert werden dürfen, drohen dem Land ein Klima der lähmenden Angst und vielleicht gar ein Rückfall in die Barbarei.

**„Die Auflösung von Memorial kommt der Hinrichtung des Gewissens gleich“**, titelt die polnische „Gazeta Wyborcza“. Denn Putins Vorgehen zeigt Methode. *„Das Jahr der großen Putinschen Säuberung“, in deren Folge der Kreml im abgelaufenen Jahr alles Oppositionelle in Russland zerschmetterte, endete mit einem düsteren Akkord. Auf Befehl von Putin liquidieren die Richter die Menschenrechtsorganisation Memorial und töten damit die Wahrheit, töten Russlands Gewissen und schalten gleichsam das gesellschaftliche Frühwarnsystem aus. Die Gruppe, die jahrzehntelang mutig ihren Landsleuten nicht erlaubte, die in Massengräbern versteckten Opfer stalinistischer Verbrechen zu vergessen, war dem Herrn im Kreml ein Dorn im Auge. Putin will, daß Russlands Vergangenheit hell, glorreich*

*und makellos ist. Er selbst erinnert immer mehr an einen Monarchen, der die Deutungshoheit über die Vergangenheit allein für sich reklamiert und ebenfalls allein über die Zukunft des Landes entscheidet. Die Auflösung von Memorial offenbart Putins böse Absichten“ (Gazeta Waborcza).*

„Memorial“ dokumentierte nicht nur vergangenen und derzeitigen Mißbrauch durch die Behörden, sondern verteidigte auch das Recht der Bevölkerung zu erfahren, wie ein geheimniskrämerischer und von Korruption durchsetzter Staat ungestraft seine Macht mißbraucht. Doch Putins herrschende Elite läßt nach zwei höchst profitablen Jahrzehnten keine Hinterfragung zu und betrachtet jede Organisation, die nicht offiziell gebilligt wird, als von Natur aus subversiv. Es entspricht den ideologischen Vorstellungen des ehemaligen KGB-Offiziers Putin, daß die Grenzen der Freiheit der Gesellschaft durch die persönlichen Interessen derjenigen definiert werden, die die Macht ausüben.

Das Memorial-Verbot ist damit ein gutes Beispiel für die Vorgehensweise eines Regimes, das sich nicht um die Zustimmung der Bevölkerung schert und ihr die Freiheiten nimmt. Die Putin-Autokratie agiert schon lange wie ein geächtetes Regime, das Dissidenten ermordet und Diktaturen stützt. Gerade deshalb müssen die westlichen Demokratien in Gesprächen mit Moskau weiter die Menschenrechte hochhalten. Den Memorial-Mitgliedern sollte derweil jede Unterstützung und Zuflucht gewährt werden. Ihr Mut wird nicht in Vergessenheit geraten, und vielleicht wird ihnen im eigenen Land irgendwann die verdiente Ehre zuteil.

**5.1.2022**